

Zeitschrift: Mariastein : Monatsblätter zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Pilgern und Heiligtum

Herausgeber: Benediktiner von Mariastein

Band: 69 (1992)

Heft: 1

Artikel: Der heimatlose Mariasteiner Konvent auf der Sucher : Von delle nach Dürrenberg. 1. Teil

Autor: Schenker, Lukas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1031541>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der heimatlose Mariasteiner Konvent auf der Suche: Von Delle nach Dürrenberg (1. Teil)

P. Lukas Schenker

Mit der Veröffentlichung der klosterfeindlichen Vereinsgesetze am 1. Juli 1901 gerieten die Mariasteiner Benediktiner in Delle in eine bedrohliche Lage. Sofort war ihnen klar: Es gibt nur *einen* Ausweg, der rechtzeitige Wegzug vor dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Oktober. Sonst bestand die Gefahr, alles zu verlieren. Doch wohin konnte man sich so plötzlich wenden? Sich als klösterliche Gemeinschaft niederzulassen, war in dieser Zeit nicht einfach, zumal Hunderte von religiösen Gemeinschaften in Frankreich sich in der gleichen Lage befanden und ebenfalls irgendwo unterzukommen suchten.

Das Walliser Projekt «Kollegium Brig»

Schon vor dem 1. Juli kam von aussen ein Angebot, das anfänglich sehr verlockend schien, weil damit eine Rückkehr in die Schweiz verbunden war. Die Initiative, bei den Benediktinern in Delle anzufragen, ob sie geneigt wären, die Leitung des Kollegiums in Brig zu übernehmen, geht auf Nationalrat Gustav Loretan (1848–1932), Leuk, zurück. Er nahm Mitte April 1901 in dieser Sache mit seinem Ratskollegen in Bern, Nationalrat Franz-Josef Hänggi (1846–1908), Kontakt auf. Hänggi stand mit den Mariasteinern in treuer, anteilnehmender Verbindung, war er doch nicht nur ehemaliger Schüler (1860 bis 1863), sondern auch Lehrer an der Klosterschule (für Französisch, stellvertretend sogar für Theologie, von 1868–1871) gewesen. Mit Brief vom 5. Mai machte er Abt Vinzenz Motschi die Mitteilung von dieser Möglichkeit, allerdings schrieb er irrtümlich von einem Kollegium in Leuk. Im Auftrag des Abtes antwor-

tete P. Prior Coelestin Weisbeck bereits zwei Tage später, dass man die Anfrage prüfen wolle. Hänggi zog dann bei Loretan noch nähere Erkundigungen ein. Diese (datiert vom 15. Mai) übersandte er P. Coelestin mit Brief vom 23. Mai: Der zuständige Walliser Unterrichtsminister und Ständerat Achille Chappaz (1854–1902) werde am besten einmal während der Session von Bern aus nach Delle kommen, um Verhandlungen aufzunehmen. Mit der Schule sei ein Internat verbunden, das sie zu übernehmen hätten. Es sollten dazu neun bis zehn Professoren verfügbar sein. Wenn Einsiedeln nachhelfen würde, wäre diese Zahl sicher leicht zu erreichen. Offenbar stand man auch mit dem Kloster Einsiedeln in Unterhandlung. Wichtig war noch die Mitteilung, dass die Anstalt eine staatliche sei und unter dem Vorsteher des Departementes des öffentlichen Unterrichtes (= Chappaz) stehe; für die Besoldung sei der Staat zuständig. Das Internat gehe jedoch auf Rechnung der Professoren (d. h. der Weltpriester, die bis anhin das Internat leiteten), was jedoch bis jetzt gut gegangen sei.

Am 22. Juni kamen dann wirklich die beiden Walliser Regierungs- und Ständeräte Chappaz und Charles de Preux (1858–1922) nach Delle, um erste persönliche Kontakte aufzunehmen. Chappaz gab sich dabei offensichtlich optimistisch und meinte, man könnte für die Klostergemeinschaft das Seiler'sche Schloss erwerben, wo dann auch die Novizen und die Fratres untergebracht werden könnten. Geplant war, dass vorerst vier bis fünf Patres nach Brig kämen, um dann allmählich die volle Leitung des Kollegiums zu übernehmen. Bei diesem Plan ging es um die Reorga-

nisation des staatlichen Kollegiums, das bisher fast ausschliesslich von Weltpriestern geführt wurde, womit offensichtlich die staatlichen Instanzen nicht mehr ganz zufrieden waren. Mit der Übergabe von Schule und Internat an eine Ordensgemeinschaft erhofften sich die Behörden eine Verbesserung der Schulverhältnisse im Briger Kollegium. Von all dem, was die konservativen Walliser Politiker im Hintergrund anstrebten, bekamen aber die Benediktiner kaum allzuviel zu hören. P. Coelestin reiste dann am 1. Juli ins Wallis, um persönlich einen Augenschein zu nehmen. In Sitten sprach er zuerst beim Bischof Jules-Maurice Abbet (1845–1918) vor. Als P. Coelestin ihm den Plan eröffnete, wurde der Bischof unwillig. Er stellte sich hinter seine Weltgeistlichen, die bisher in Brig tätig waren. So war also der Bischof von der Walliser Regierung bisher noch nicht über die bevorstehenden Pläne orientiert worden. Von Regierungsseite hatte zwar P. Coelestin erfahren, dass der Bischof zu wenig auf das Kollegium Rücksicht nehme, mitten im Schuljahr Professoren auf Pfarreien versetze und ihm wenig an der guten Führung und der Disziplin der Schule gelegen sei. In Brig besichtigte P. Coelestin trotzdem das Kollegium. Mit Regierungsvertretern kam er nicht in Kontakt, da Chappaz in Bern weilte. So kehrte er etwas enttäuscht nach Delle zurück. Im Klosterkapitel vom 10. Juli gab er über das Briger Projekt und seine Reise Auskunft: Die Bedingungen seien zwar günstig, aber gegen den Willen des Bischofs könne daraus nichts werden. Trotzdem telegraphierte P. Coelestin am 14. Juli dem Erziehungsdirektor Chappaz, dass drei Patres unter Bedingungen zur Verfügung ständen. Im Brief, den er am gleichen Tag absandte, präziserte er das Telegramm: Drei Patres seien verfügbar für den Unterricht in Philosophie, Mathematik und Naturwissenschaften, eventuell ein vierter für Musik, jedoch nur unter der Bedingung, dass der Sittener Bischof damit vollkommen einverstanden sei. Denn – so habe er gehört – es könnte sonst mit dem Oberwalliser Klerus Schwierigkeiten geben. Damit schob er den wunden Punkt bei der ganzen an sich erfreulichen Angelegenheit der Regierung zu. Sie musste nun mit dem Bischof verhandeln. Am 22. Juli, verzögert

durch eine ärztlich verordnete Ruhepause, bestätigte Chappaz dem P. Coelestin den Empfang von Telegramm und Brief und meinte gelassen, es wären keine Feindseligkeiten (hostilité) gegen die Ordensleute zu erwarten. Chappaz nahm nun mit einem Ratskollegen die Sache an die Hand. Es galt beim Bischof vorzusprechen und mit den jetzt tätigen Professoren am Kollegium zu verhandeln, beides etwas heikle Dinge.

Die beiden Staatsräte Julius Zen-Ruffinen (1847–1926) und Charles de Preux sprachen am 8. August beim Bischof vor. Dieser wollte die Philosophie und alle Latein-Klassen dem Weltklerus vorbehalten. Für die Fächer Mathematik, Naturwissenschaften und Musik wäre er bereit, Benediktiner zuzulassen. Diese Lösung entsprach aber den staatlichen Vorstellungen nicht. Nochmals sprach am 14. August eine Delegation beim Bischof vor. Doch der Bischof wollte das Briger Kollegium unbedingt den Weltpriestern erhalten. So musste Chappaz am 20. August dem P. Coelestin mitteilen, dass eine Berufung der Benediktiner nach Brig wegen des Widerstandes des Bischofs leider nicht in Frage käme. Später hat er sich gegenüber Nationalrat Hänggi geäussert, dass er den Deller Benediktinern anfänglich zu grosse Versprechungen gemacht habe, zudem habe er dabei dem Klosterartikel der Bundesverfassung zuwenig Rechnung getragen.

In Delle verursachte der negative Bescheid aus dem Wallis eher Erleichterung. Denn am 10. August hatte der gebürtige Oberwalliser P. Maurus Gintinetta, Benediktiner von Muri-Gries in Sarnen, Abt Vinzenz von Leuk-Stadt aus, wo er sich in den Ferien befand, geschrieben: Die Stimmung unter dem Oberwalliser Klerus sei ganz gegen eine Übernahme des Briger Kollegiums durch Ordensleute. Er selber wünschte sich zwar sehr, dass Benediktiner auch im Wallis eine Wirkungsstätte fänden. Doch wegen des Weltpriesterüberflusses (!) wolle sich der Walliser Weltklerus auf jeden Fall das Kollegium in Brig erhalten. Da sich schon bald herausstellte, dass der Deller Konvent wegen der Bundesverfassung seinen eigentlichen Sitz nicht nach Brig hätte verlegen können, musste trotzdem irgendwo im Ausland eine feste Niederlassung gesucht werden.

Das Elsässer Projekt «Ebersmünster»

Aus geographischen Gründen – denn Mariastein wurde nie aus den Augen gelassen – dachte man an Süddeutschland und ans damals deutsche Elsass. Im Grossherzogtum Baden bestand aber (bis 1918) ein Verbot, Klöster zu gründen. Im Elsass ging es konkret um die ehemalige Benediktinerabtei Ebersmünster bei Schlettstadt/Sélestat. Der zuständige Bischof von Strassburg war dafür positiv eingestellt. Hingegen war es fraglich, ob die zuständige staatliche Behörde dafür ihre Genehmigung erteilen würde, da der deutsche Kaiser verboten hatte, aus Frankreich vertriebene Kongregationen aufzunehmen.

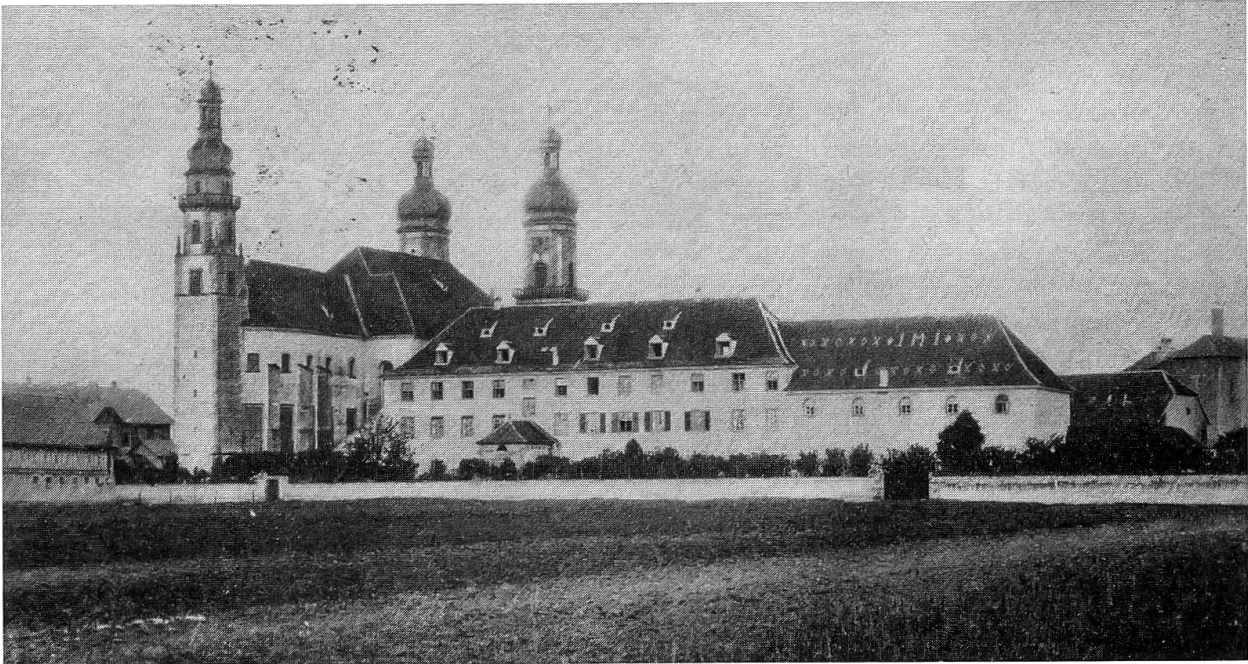
Jemand hatte Abt Willibrord Benzler (1853 bis 1921) von Maria Laach auf die Pläne des Mariasteiner Abtes aufmerksam gemacht. Vielleicht hatte sich Abt Vinzenz persönlich an ihn gewandt, weil bekannt war, dass der Laacher Abt ein persönlicher Freund Kaiser Wilhelms II. war. Am 18. Juli 1901 gab Abt Willibrord (von der belgischen Abtei Mont César in Löwen aus) dem Abt von Mariastein in einem Brief den Rat: Er solle sich in dieser Angelegenheit direkt an seine Kaiserliche Majestät wenden. Dabei möge er auf die lange und denkwürdige Geschichte des Klosters Beinwil-Mariastein hinweisen, da der Kaiser für so etwas Sinn habe. Auch solle er erwähnen, dass die Kommunität schon jetzt auch aus Deutschen (und Elsässern) bestehe. Für biedere Schweizer war es allerdings nicht so einfach, zu diesen deutschen Adelskreisen vorzutreten. Doch wo sich Gelegenheit bot, liess man auch Beziehungen spielen. So hatte der Disentiser Abt Benedikt Prevost (1888 bis 1916) Gelegenheit, mit dem deutschen Zentrumsführer Dr. Ernst Lieber (1838–1902) zu sprechen, der sich bereit erklärte, mit dem Reichskanzler Bernhard von Bülow (1900 bis 1905) über diese Sache zu reden.

Nach Mitte August verreiste Abt Vinzenz zusammen mit dem Einsiedler Abt Columban Brugger (1895–1905), der sich damals noch Fürstabt nennen konnte, über Maria Laach zum Reichskanzler von Bülow. Dieser gab die Anweisung, dem Statthalter von Elsass-Lothringen eine diesbezügliche Eingabe zu machen, er selber wolle sich für das Projekt

einsetzen. Auf der Rückreise suchten die beiden Prälaten in Köln Mgr. Franz Karl Berlage (1835–1917) auf, von dem man wusste, dass er beim Kaiser Einfluss hatte. Zurück in der Schweiz, verfasste Abt Vinzenz in Mariastein sofort das Gesuch an seine Durchlaucht Hermann Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, Statthalter von Elsass-Lothringen (1894–1907), datiert vom 23. August 1901. Er stellte darin inständig die Bitte, dass sich die Benediktiner von Mariastein-Delle im ehemaligen Benediktinerkloster Ebersmünster niederlassen dürfen. Die jetzigen Besitzerinnen, die Josephschwwestern zu St. Marx, würden es zu diesem Zwecke abtreten. Abt Carl Motschi hatte seinerzeit Schwestern von St. Marx für Delle erbeten, die ja immer noch dort wirkten und das Waisenhaus betreuten. Das gibt uns einen Hinweis, wieso die Deller Benediktiner auf Ebersmünster hofften. Im Bittgesuch erwähnt der Abt auch das besondere Wohlwollen des Kaisers dem Benediktinerorden gegenüber. Abt Vinzenz wies auch darauf hin, dass sie nicht ein französisches Kloster seien, sondern eben ein schweizerisches, das immer noch zur Schweizerischen Benediktinerkongregation gehöre. Bei der Vorstellung des gegenwärtigen Klosterbestandes (28 Patres, 2 Kleriker, 5 Laienbrüder) betont er natürlich, dass davon 8 aus dem Elsass, 4 aus Baden und 2 aus Bayern stammen.

Mit einem Schreiben an Ministerialrat Hamm in Strassburg, auf den der Kölner Dompropst Berlage aufmerksam gemacht hatte, bat man um seine Unterstützung beim kaiserlichen Statthalter.

Anfangs September machte sich P. Prior Coelestin und P. Heinrich Hürbi (1849–1902), Superior der Wallfahrtspriester in Mariastein, auf, um mit dem Statthalter persönlich zu sprechen. Ihre telegraphische Anmeldung wurde mit einem negativen Bescheid auf das eingereichte Gesuch beantwortet, ohne vorgelesen zu werden. Trotzdem machte sich nun Abt Vinzenz persönlich mit P. Joseph Haaby (1858–1914), einem gebürtigen Elsässer aus Blotzheim, auf nach Strassburg. Am 10. September, nachmittags 15.30 Uhr, wurden sie vorgelassen. Die Audienz dauerte etwa eine halbe Stunde. Der Statthalter sagte bestimmt, dass er keine Ausnahme machen dürfe bezüg-



Kloster Ebersmünster um die Jahrhundertwende.

lich der aus Frankreich ausgewiesenen Kongregationen, die allesamt in Deutschland keine Aufnahme fänden. Abt Vinzenz wies darauf hin, dass es sich doch um ein Schweizer Kloster handle. Aber auch das liess der hohe Herr nicht gelten, denn die Schweizer seien eher franzosen- als deutschfreundlich, was der Abt jedoch zurückwies. Der Statthalter gab sich dann unschlüssig, er wolle die Sache nochmals überlegen und verlangte ein genaues Verzeichnis der Klostermitglieder. Das gab dem Abt einen Hoffnungsschimmer. Darum schrieb er am 12. September dem Abt von Maria Laach, nachdem er ihm tags zuvor telegraphisch Bescheid gegeben hatte, und bat ihn, er möge sich doch an den Kaiser wenden, damit der Statthalter von dort einen Wink bekomme in seiner zögernden Haltung. Auf das Telegramm antwortete der Laacher Abt bereits am 12. September: Nachdem er dem Reichskanzler, dem Statthalter und dem Kaiser geschrieben habe, könne er in seiner neuen Stellung nichts mehr unternehmen. – Abt Benzler war eben zum Bischof von Metz ernannt worden. – Er riet aber Abt Vinzenz, allein oder mit dem Einsiedler Abt zusammen persönlich zum Kaiser zu gehen, und gab ihm Anweisungen, wie er da vorgehen müsse.

Doch auch er war nicht mehr so voller Zuversicht.

Ebenfalls am 12. September sandte das Bureau des Kaiserlichen Statthalters in Elsass-Lothringen an Abt Vinzenz die Antwort, dass der Statthalter nicht in der Lage sei, dem Gesuch zu entsprechen. Der Laacher Abt meldete am 15. September von Beuron aus, dass er trotz allem nochmals dem Reichskanzler schreiben werde. An den Kaiser könne er nicht mehr ein zweites Mal schreiben, mündlich wolle er aber bei Gelegenheit gerne mit dem Kaiser reden, ebenso mit dem Statthalter.

Abt Vinzenz hatte auch dem Abt von Einsiedeln die traurige Nachricht von der Absage mitgeteilt. Er muss ihm auch vom Rat des Abtes von Maria Laach Mitteilung gemacht haben, mit ihm persönlich zum Kaiser zu gehen. Am 15. September schrieb ihm der Gnädige Herr von Einsiedeln, dass er zu einem Besuch beim Kaiser wenig Lust habe, aber einen Brief wolle er wagen. Am 3. November – inzwischen war man von Delle weggezogen – schrieb er aber dem Mariasteiner Abt, dass er auf seinen Brief auffälligerweise immer noch keine Antwort erhalten habe (noch am 17. Februar 1902 schrieb er dem Mariasteiner Abt: «Leider noch keine Antwort vom Kai-

ser!«). Von einem Teilnehmer an der Weihe des neuen Bischofs von Metz hatte er erfahren, dass Bischof Benzler gesagt habe, man solle weiterhin Geduld und Vertrauen haben, er bestehe aber darauf, den persönlichen Kaiserbesuch zu wagen. Jedoch hatte der Einsiedler Abt deswegen noch immer seine Bedenken. Endlich am 25. April 1902 teilte das Kaiserliche Statthalteramt in Elsass-Lothringen dem Fürstabt von Einsiedeln auf seine Immediat-eingabe an den Kaiser vom 15. September vorigen Jahres hin den «ablehnenden Bescheid des Gesuchs» mit. So war trotz grossem Bemühen und der Vermittlung einflussreicher Persönlichkeiten das Elsässer Projekt gescheitert. Man hat vermutet, dass Kaiser Wilhelm II. dem französischen Ministerpräsidenten Rousseau-Waldeck versprochen habe, er werde keine französischen Genossenschaften in seine preussischen Lande aufnehmen. Darum gab es auch keine Ausnahme für das «Schweizer» Kloster.

Reaktionen aus dem Schweizer Volk und der «Plan Feigenwinter»

Nach der Veröffentlichung der französischen Vereinsgesetze (1. Juli 1901) wurde natürlich auch in der Schweiz, besonders im Kanton Solothurn, bekannt, dass auch die Mariasteiner Benediktiner in Delle gefährdet waren. So stellten sich Geistliche und Laien die Frage, ob nicht jetzt eine Rückkehr in die Schweiz möglich wäre, damit ein Unrecht den Schweizer Katholiken gegenüber wieder gut gemacht werde.

Am 1. August sandte der Pfarrer von Gretzenbach und damaliger Präsident des (Solothurner) Katholiken-Tag-Comités, Otto Widmer (1855–1932), dem Abt von Mariastein zwei Briefe zu mit der Bitte, dazu seine Meinung zu äussern. Im Comité hätten sie darüber gesprochen und wären mit Freuden bereit, etwas zu tun. Aber Pfarrer Widmer schrieb auch klar: «Zu viel Hoffnung auf das Wünschenswertheste und allein Gerechte dürfen wir allerdings zurzeit leider noch nicht haben. Allein bei Gott ist kein Ding unmöglich und unsere Pflicht wollen wir thun.» Wer die Verfasser der beiden Briefe waren, ist nicht bekannt. Aus der Anfrage, die P. Coelestin am 2. Au-

gust an Regierungs- und Nationalrat Franz-Joseph Hänggi richtete, geht hervor, dass eine Massenpetition erwogen wurde, damit die Solothurner Regierung das Kloster Mariastein wenigstens vorläufig als Asyl für die aus Frankreich Geflüchteten erlauben würde. Er selber vertrat die Auffassung, es wäre wohl besser, wenn der Abt selbst ein solches Gesuch beim Regierungsrat stellen würde. In seiner Antwort ebenfalls vom 2. August an Pfarrer Widmer äusserte sich der Abt gegen jede öffentliche Demonstration, die irgendwie als Protest oder Aufreizung gegen die Regierung ausgelegt werden könnte. Selbst eine Unterschriften-Sammlung für eine Petition hält er für bedenklich. Als opportun sieht er allein eine Bezeugung der Anhänglichkeit und Teilnahme, die von der solothurnischen Geistlichkeit und der katholischen Bevölkerung ausgehen sollte. Auch er nahm die Idee von P. Coelestin auf, dass eine Bitte um Asyl in Mariastein vom Deller Konvent ausgehen müsste. Auch teilte er mit, dass begründete Hoffnung bestünde, mit dem ganzen Konvent ins Elsass übersiedeln zu können. Damals war eben die Elsässer Frage noch offen.

Anfang November – inzwischen war Delle verlassen worden – erhielt der Abt durch Pfarrer Richard Griesser (1869–1905), Seewen SO, Kenntnis vom Projekt, das der Basellandschäftler Nationalrat Dr. Ernst Feigenwinter (1853–1919), ein politischer Führer der Schweizer Katholiken, für Mariastein aufgestellt hatte. Das Programm sah ausgearbeitet folgendes vor:

1. Bildung einer Aktiengesellschaft aus Geistlichen und Laien der Umgebung von Mariastein mit einem Kapital von Fr. 100 000.–.
2. Die Aktiengesellschaft stellt sich zur Aufgabe:
 - a) Errichtung eines Altersasyls für Geistliche der Diözese Basel,
 - b) Errichtung eines katholischen Gymnasiums mit Internat als Fortsetzung der Bezirksschule (die der Staat seit 1875 in einem Teil des Klosters eingerichtet hatte) und der Klosterschule Mariastein-Delle, mit Maturitätsabschluss,
 - c) eventuell Errichtung einer Pilgerherberge.

3. Zu diesem dreifachen Zwecke wird der Ankauf des Wirtshauses zum Kreuz in Mariastein in Aussicht genommen.
4. Die Leitung der Schule, des Asyls und des Internates wird den Mariasteiner Patres übertragen, entweder in korporativer Form oder durch Einzelanstellung.
5. «Dabei ist in Aussicht zu nehmen, dass den Patres von Mariastein-Delle ein gemeinschaftliches Zusammenleben mit Novizenaufnahme – immerhin unter Verzicht auf eigentliche klösterliche Niederlassung – möglich sein wird.»
6. Sollte die Errichtung dieser Schule wegen der Kantonsverfassung (kantonaies Schulmonopol) nicht bewilligt werden, soll eine Verfassungsrevision «mit Aufbietung aller Kraft» angestrebt werden.

Mit diesem Projekt konnte sich Abt Vinzenz nicht einverstanden erklären, so schrieb er an Pfarrer Widmer (4. November). «Was wir vor allem im Auge haben müssen, ist die Fortexistenz unseres Klosters als solches. In zweiter Linie kommt die hiesige Wallfahrt.» Das projektierte Gymnasium schein diesem Doppelpzweck nicht förderlich zu sein. An der Durchführbarkeit des Projektes zweifle er. Er riet zur Zurückhaltung, um ja nichts zu provozieren, zumal sich jetzt die meisten Deller Benediktiner bei Duldung der Solothurner Regierung in Mariastein oder sonstwo in der Umgebung aufhielten.

Die Pfarrherren Widmer und Griesser liessen sich trotzdem nicht davon abhalten, weiterhin etwas für Mariastein zu unternehmen, zusammen mit Dr. Feigenwinter. So fand am 18. November bei Feigenwinter eine Besprechung statt. Dabei wurde offensichtlich das gesamte Projekt nochmals durchberaten. Auf dieses «Programm» antwortete im Auftrag und im Namen des Abtes P. Leo Thüning mit einem Brief an Dr. Feigenwinter vom 21. November. Er dankt zuerst für die Teilnahme und den Einsatz für das Kloster, muss aber klar sagen, dass klosterseits diesem Vorhaben nicht beigezstimmt werden könne. Es treffen hier wiederum, wie schon 1874/75 zwei verschiedene Ansichten aufeinander: der klösterliche Standpunkt, dem es vor allem darum ging, die Klostergemeinschaft als solche auch für die Zu-

kunft durch Novizenaufnahme zu sichern, und der «weltliche» Standpunkt, der ohne Zweifel wohlmeinend war, aber in erster Linie an die Gegenwart dachte und den erneut vertriebenen Benediktinern eine Lebensmöglichkeit bieten wollte, wohl in der Meinung, dass sich die Zukunftsprobleme von selber lösten. P. Leo betont darum ausdrücklich, dass es den Benediktinern «vorzüglich um Erhaltung und Vermehrung unserer religiösen Genossenschaft» gehe. Punkt 5 des Feigenwinter-Programms sieht das zwar auch vor, nahm aber dabei offensichtlich den Klosterartikel der Bundesverfassung zuwenig ernst. Und gerade dieses Verbot, neue Klöster zu gründen oder aufgehobene wiederherzustellen, war 1875 für die Mariasteiner der Anlass, nach Frankreich zu ziehen, und war jetzt wieder Ursache, dass allein in einem Land, das keine solche gesetzliche Verhinderung kannte, eine Fortexistenz der Klostergemeinschaft möglich war. Die sachlichen Einwendungen, die P. Leo ebenfalls vortrug, waren demgegenüber zweitrangig: Klosterseits bezweifle man, dass die Solothurner Regierung die Erlaubnis für eine Privatschule geben werde, und eine diesbezügliche Verfassungsrevision sei unter den jetzigen Umständen aussichtslos. Im Gegenteil, ein Abstimmungskampf könnte die Regierung veranlassen, das Mariasteiner Dekret von 1874 verschärft auszulegen und nur zwei Patres in Mariastein als Wallfahrtspriester zu dulden, allen anderen aber, die sich jetzt dort befänden, jede öffentliche Funktion in der Wallfahrtskirche zu verbieten. Des weiteren halten die Mariasteiner ein Aktienkapital von Fr. 100 000.– für den vorgesehenen Zweck als zu gering. Ein Konvikt müsste, um sich finanziell zu tragen, mindestens achtzig Schüler haben. Auf die Wohltätigkeit des katholischen Volkes einer Aktiengesellschaft gegenüber sei weniger zu vertrauen. Auch gegenüber dem geplanten diözesanen Priesterasyl hatte der Mariasteiner Konvent seine berechtigten Bedenken. Für eine Pilgerherberge bräuchte es das Wirtepatent, das kaum erhältlich wäre. So wurde dieser Feigenwinter-Plan fallen gelassen. Immerhin ist aber zu bemerken, dass es der erste Versuch war, auf einem *juristischen* Wege, der sich allerdings kaum hätte durchführen lassen, eine Wiederherstellung des

Klosters Mariastein zu erlangen. Dafür war die Zeit noch nicht reif.

Auf der weiteren Suche

Solange eine gewisse Hoffnung bestand, im Elsass unterzukommen, wurde auf andere Hinweise und Angebote vorläufig nicht ernsthaft eingegangen. Doch der 1. Oktober 1901, an dem die französischen Vereinsgesetze in Kraft traten, kam immer näher. Über Canonicus Mgr. Carl Eberle (1852–1919) in Flums liess Abt Vinzenz sondieren, ob vielleicht auch im Liechtensteinischen eine vorübergehende Niederlassung möglich wäre, solange Ebersmünster noch nicht entschieden sei. Dieser erkundigte sich bei seinem Mitbruder Canonicus Johann Baptist Büchel (1853–1927) in Vaduz. Dessen Beurteilung der gegenwärtigen Lage liess auch für Liechtenstein keine Hoffnung aufkommen (Briefe vom 19. bzw. 21. September).

Wie schon berichtet wurde, verliessen der Abt und die meisten Mönche vor dem 1. Oktober samt Hausrat das Kloster in Delle. Die Firma Gebrüder Suttelen, Basel, stellte am 5. Oktober für den Transport von Delle nach Basel Rechnung, wo alles eingestellt wurde. Danach handelte es sich um zwei Möbelwagen, vier «Cadres», vier Waggons Umzugsgut und einen Wagen Bücher. Abt Vinzenz und einige Mönche gingen nach Mariastein. Der Abt liess sich offiziell im Hotel Post einschreiben, wohnte aber im Kloster. (Später wurde ihm von Regierungsseite vertraulich mitgeteilt, er dürfe sich ruhig im Kloster aufhalten, bis eine andere Weisung käme). Andere Mönche fanden bei den Patres, die die Klosterpfarreien betreuten, Unterkunft. Die Fratres und die Novizen, die nicht Profess machen durften, solange keine feste Niederlassung vorhanden war, konnten in Einsiedeln und in Gries die theologischen Studien fortsetzen bzw. anfangen. P. Chrysostomus Gremper wurde Vikar in Balsthal, P. Bonifaz Huber ging als Lehrer für die Klosterschule nach Disentis. Sogar das Kapuzinerkloster Dornach wäre bereit gewesen, einige Benediktiner aufzunehmen (Einladung vom 20. September).

Ende Oktober zeichnete sich immer mehr ab, dass für Ebersmünster keine staatliche Geneh-

migung zu bekommen war. So fing man endlich an, sich anderweitig ernsthaft umzusehen. In Bayern war die Situation so, dass bayerische Klöster zwar neue Klöster im Lande gründen durften, aber bezüglich Neugründungen durch auswärtige Klöster hielt man sich an die preussisch-kaiserlichen Weisungen. Es lagen aber durchaus Hinweise für Bayern vor (Benediktbeuern, Wessobrunn, Plankstetten), auch eine Adresse eines Fürsprechers bei den bayerischen Regierungsinstanzen. Aber die bisherigen Erfahrungen mit den preussischen Regierungsstellen fürs Elsass schreckten wohl davon ab, sich um Bayern zu bemühen.

So blieb schlussendlich nur noch die kaiserliche und königliche Donaumonarchie Österreich-Ungarn offen. Auch dafür besass Abt Vinzenz einige Hinweise. Diese sollten nun ernsthaft geprüft werden. Denn die Lage drängte zu einem Entschluss, da sich der Bundesrat bereits mit der Einwanderung französischer Ordensgemeinschaften zu befassen hatte, die schon seit dem Sommer in der Schweiz ein Unterkommen suchten. (2. Teil folgt)

Als Unterlagen dienten: Klosterarchiv Mariastein: Dürrnberg 1–2; Kapitelsprotokolle; Kopien aus dem Kantonsarchiv Wallis in Sitten (I. P. 59/25–41); Feigenwinter-Archiv 88 A.

Von Gottes Planen
und Handeln,
Eingreifen
oder Geschehenlassen
verstehen wir kaum
den zehnten Teil,
das andere fordert
Vertrauen und Glauben.

Bruno Stephan Scherer